

4554/AB XX.GP

**Schriftliche Anfrage der Abg. zum NR  
Dr. Elisabeth Hlavac, Freundinnen und  
Freunde an den Bundesminister für auswärtige  
Angelegenheiten betreffend EU - Initiativen für den Sudan  
(Zl. 4860/J - NR/1998 v. 17.09.1998)**

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Elisabeth Hlavac, Genossinnen und Genossen haben am 17. September 1998 unter der Zl. 4860/J - NR/1998 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend EU - Initiativen für den Sudan gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. "Werden Sie - insbesondere in Ihrer Eigenschaft als EU - Ratsvorsitzender - Initiativen innerhalb der Europäischen Union vorschlagen, um der Hungersnot im Sudan entgegenzuwirken?"
2. Werden Sie Initiativen innerhalb der Europäischen Union vorschlagen, um sicherzustellen, daß europäische Hilfsgüter - Transporte so gesichert werden, daß die Lebensmittel und Medikamente tatsächlich bei den Hungernden einlangen?"
3. Sehen Sie eine Möglichkeit für die EU, einen Beitrag zur Beendigung des Bürgerkrieges im Sudan zu leisten?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

**Zu Frage 1:**

Zur Bekämpfung der Hungersnot im Südsudan hat das Humanitäre Büro der Europäischen Kommission ECHO im heurigen Jahr bereits 31.8 Millionen ECU ausgegeben und ist damit der größte Geldgeber für humanitäre Hilfe an den Sudan. Über die Generaldirektion VIII wurden heuer weitere 25 MECU an Nahrungsmittelhilfe für den

Sudan gegeben. Zusammen mit bilateral vergebenen Beiträgen von EU - Mitgliedstaaten kommen weit über die Hälfte der Mittel für die Bekämpfung der Hungersnot aus der Europäischen Union.

Über Initiative der österreichischen Präsidentschaft hat in der Zeit vom 17. bis 25.9.1998 eine gemeinsame humanitäre Mission der Troika - Staaten Österreich, Großbritannien und Deutschland sowie der Europäischen Kommission sowohl die betroffenen Gebiete im Südsudan wie auch Khartoum besucht, um die humanitäre Notsituation vor Ort und der zu ihrer Bekämpfung durch Operation Lifeline Sudan (OLS) getroffenen Maßnahmen zu evaluieren sowie um eine Strategie für die weitere humanitäre Hilfe der Europäischen Union zu definieren. Eine Fortsetzung der humanitären Hilfe im erforderlichen Ausmaß zumindest bis zur Ernte im nächsten Jahr ist demnach unumgänglich.

### **Zu Frage 2:**

Die gemeinsame humanitäre Mission hat in Gesprächen mit hohen sudanesischen Funktionären und Vertretern von SRRA, der humanitären Organisation des Sudan Peoples Liberation Movement (SPLM) u.a. auch die Fragen der unbehinderten Lieferung humanitärer Hilfe wie auch angeblicher Abzweigungen von Hilfsgütern angesprochen. Die Mission konnte sich jedoch vor Ort auch davon überzeugen, daß die ausführenden humanitären Organisationen in effizienter Weise dafür Sorge tragen, daß die Hilfe tatsächlich vom Hungertod bedrohten Menschen zugute kommt.

Das wirkliche Problem sind die überaus hohen Transportkosten vor allem im Luftweg, die einen Großteil der zur Verfügung gestellten Mittel verschlingen. Die Mission hat daher an alle Gesprächspartner eindringlich appelliert, durch eine Verlängerung und Ausdehnung des Waffenstillstandes wie auch durch die Eröffnung von Transportkorridoren (Straße, Bahn, Flusschiffe) eine Lieferung der Hilfsgüter auf dem billigeren Landwege zu ermöglichen.

### **Zu Frage 3:**

Die österreichische Präsidentschaft hat namens der Europäischen Union in Erklärungen vom 14. August und vom 7. Oktober 1998 zur Situation im Sudan Stellung genommen. Die Regierung und die SPLA wurden aufgefordert, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen und die Verhandlungen im Rahmen der IGAD (Inter - governmental Authority on Development) fortzusetzen. Die EU begrüßte ferner den Waffenstillstand, der im Juli für drei Monate in der Provinz Bahr el Ghazal ausgerufen wurde und forderte gleichzeitig seine zeitliche sowie geographische Ausweitung aus humanitären Gründen. Weiters wurden alle Konfliktparteien aufgerufen, die Durchführung von humanitärer Hilfe zu ermöglichen und das internationale Kriegsrecht zu respektieren. Nicht zuletzt aufgrund der erwähnten Appelle wurde der Waffenstillstand für die Provinz Bahr el Ghazal zuletzt bis Mitte Jänner 1999 verlängert.

Die EU unterstützt den Friedensprozeß im Rahmen von IGAD sowie die unterstützenden Aktivitäten des IGAD Partners Forum (IPF), einer Gruppierung von Geberländern unter italienischem Vorsitz, der auch Österreich angehört. Die nächste IPF - Tagung findet vom 19. bis 20. November in Rom statt.